

Pressespiegel vom 04.03.2011

Sächsische Zeitung

Erste Bilanz der Schäden am 19. Februar

Von Alexander Schneider

35 Autos und 15 Fassaden von Häusern wurden bei den Krawallen demoliert, teilt die Polizei mit. Eine Sonderkommission ermittelt mit 20 Beamten.

Die Dresdner Polizei hat gestern eine erste, „vorsichtige“ Bilanz der Schäden veröffentlicht, die bei den Krawallen rund um die Demonstrationen von Rechts- und Linksextremisten entstanden sind. So wurden vor allem in der Südvorstadt 35 Autos demoliert und 15 Hausfassaden durch gewalttätige Angriffe beschädigt. Etwa ein halbes Dutzend Autos wurde abgefackelt. Derzeit sei es noch nicht möglich, die Schadenshöhe zu beziffern, sagte Polizeisprecher Marko Laske. Allein bei dem Angriff von Chaoten auf eine Polizeiwache in der Kaitzer Straße entstanden an Sicherheitsglasscheiben und Fassade ein Schaden von 60000 Euro.

Die Sonderkommission (Soko) „19. Februar“ ermittelt mit 20 Beamten so gut wie alle Straftaten rund um die Ausschreitungen, bei denen mehr als 80 Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt wurden. Soko-Chef ist der 41-jährige Kriminalhauptkommissar Torsten Beck. „Schwere Straftaten, insbesondere Landfriedensbrüche und gefährliche Körperverletzungen haben Vorrang“, sagte er. Beck rechnet damit, dass gerade von auswärtigen Polizeieinheiten, die in Dresden eingesetzt waren, noch eine Fülle an Anzeigen eingehen werden. Im Mittelpunkt der Arbeit stehe zunächst die Auswertung von Fotos und Videoaufnahmen.

In einem offenen Brief äußerte die TU Dresden unterdessen ihre Bestürzung über die Krawalle. „Wir mussten erleben, dass auf unserem Campus bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten, Personen verletzt und Gebäude beschädigt wurden“, heißt es darin. Hervorgerufen habe die Situation die erneute Genehmigung der rechten Demonstration. Dies habe fast zwangsläufig radikale und gewaltbereite Gegendemonstranten auf den Plan gerufen. „Dies darf nie wieder geschehen.“ Unterzeichner ist neben 14 Dekanen und Studentenvertretern Rektor Hans Müller-Steinhagen.

Linke klagen wegen Razzia in Parteizentrale

Die Vorgänge am Abend des 19. Februar in Dresden haben ein Nachspiel: Die Linken wollen nun juristisch gegen den Polizeieinsatz vorgehen.

Dresden. Die Linken wehren sich juristisch gegen einen Polizeieinsatz in ihrer Parteizentrale auf der Großenhainer Straße in Dresden. Mit einer Feststellungsklage wollen sie untersuchen lassen, ob der Einsatz des Landeskriminalamtes (LKA) am 19. Februar in Dresden rechtens war, kündigte die Partei am Freitag in Dresden an. Eine Anordnung auf Durchsuchung war für ein anderes Haus auf der gegenüberliegenden Straßenseite ausgestellt. Staatsanwaltschaft und

Landeskriminalamt stellten das später als Versehen dar. Man habe von vornherein in das gestürmte Gebäude gewollt. In den Akten sei allerdings die falsche Hausnummer notiert worden.

Eingang mit Kettensäge zerlegt

Nach Angaben der Linken hatten verummte Beamte das Gebäude gestürmt, nachdem die Haupteingangstür mit einer Kettensäge zerlegt wurde. Auch die Räume einer Rechtsanwaltskanzlei waren betroffen. 20 Anwesende - vor allem Mitarbeiter der Partei Die Linke - wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt. Sie durften erst am darauffolgenden Morgen die Polizeidirektion Dresden wieder verlassen. Mobiltelefone, Personalcomputer und Laptops wurden beschlagnahmt. Den Linken zufolge waren an dem Einsatz rund 120 Polizisten beteiligt, bis auf wenige Ausnahmen alle in schwerer Schutzausrüstung.

Das LKA hatte nach eigenem Bekunden Hinweise erhalten, dass sich in dem Gebäude Linksextreme aufhielten, die Gewaltstraftaten in Dresden koordinieren wollten. Die Stadt war am 19. Februar zum Schauplatz von Gewaltexzessen am Rande mehrerer genehmigter Neonazi-Aufmärsche geworden. Tausende protestierten friedlich auf den Straßen Dresdens. Extremisten beider Lager griffen aber Polizisten brutal an. 82 Beamte wurden verletzt. Auf Seiten der Demonstranten sollen mehr als 150 Menschen Verletzungen erlitten haben.

Der Chef der Linken, Rico Gebhardt, distanzierte sich klar von Gewalttätern. „Wer so agiert, hat meine Sympathien verloren.“ Zugleich warnte er davor, das Bündnis „Dresden nazifrei“ zu kriminalisieren. Es hatte zu friedlichen Blockaden der Neonazi-Aufmärsche aufgerufen. „Wir wollen einen öffentlichen und gesellschaftlichen Disput zum Verhältnis von Legalität und Legitimität von Demonstrationen und Protesten, die sich gegen neonazistische Aufmärsche richten“, sagte Gebhardt. (dpa)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2704054>

Dresdner Neueste Nachrichten

Bisher 80 Strafverfahren - Soko „19. Februar“ zieht erste Zwischenbilanz

Stephan Lohse

Dresden. 80 Strafverfahren, 35 beschädigte Autos und ein Schaden in noch unbekannter Höhe - die Sonderkommission „19. Februar“ hat am Donnerstag eine erste Bilanz gezogen. Die 20 Beamten der sächsischen und der Bundespolizei hätten momentan etwa 80 Straftaten zu bearbeiten. Ein Ende der Ermittlungen ist bisher nicht abzusehen, die Fahnder rechnen damit, dass die Untersuchungen länger als ein halbes Jahr dauern werden.

Landfriedensbruch, Sachbeschädigungen und Brandstiftungen, Körperverletzungen sowie Verstöße gegen das Versammlungsgesetz sind die häufigsten Anklagepunkte, welche die Beamten momentan bearbeiten. Vor allem Polizisten seien am 19.

Februar Opfer von gefährlichen Körperverletzungen geworden.

"Ich gehe davon aus, dass die Anzahl an Strafverfahren noch weiter steigen wird, da täglich Anzeigen von den Einsatzkräften anderer Bundesländer bei der Dresdner Polizei eingehen. Bei der Vielzahl an Einzeldelikten haben wir mit deren Bewertung begonnen. So haben derzeit schwere Straftaten, insbesondere Landfriedensbrüche und gefährliche Körperverletzungen, bei der Bearbeitung Vorrang", erklärt Kriminalhauptkommissar Torsten Beck, der die Sonderkommission leitet. Die Polizei hatte am 19. Februar insgesamt 78 Festnahmen vermeldet, von 200 Teilnehmern einer Blockade auf der Fritz-Löffler-Straße / Ecke Reichenbachstraße waren Personalien aufgenommen worden.

Die Ermittler seien derzeit vor allem damit beschäftigt, die vielen Einzelsachverhalte und vorliegende Video- und Fotoaufnahmen auszuwerten. Laut der ersten Schadensbilanz wurden 35 Autos und 15 Immobilien durch Brände oder andere gewalttätige Angriffe beschädigt. "Die Höhe des Gesamtschadens liegt uns noch nicht vor. Aber allein bei dem Angriff auf die Außenstelle des Polizeireviers Dresden-Mitte wird der Sachschaden auf etwa 60.000 Euro geschätzt", so Beck weiter.

Mehr als 6000 Polizisten waren am 19. Februar im Einsatz, um zwei vom Verwaltungsgericht Dresden genehmigte Kundgebungen und eine Demonstration von Rechtsextremen abzusichern. Bis zu 20.000 Gegendemonstranten hatten größtenteils friedlich gegen den Nazi-Aufmarsch protestiert und an mehreren Stellen die geplante Route blockiert.

Allerdings kam es am 19. Februar auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Autonomen von Rechts- und Linksausßen mit der Polizei. Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch hatte sich am Tag darauf schockiert über das Ausmaß der Gewalt gezeigt und die Soko ins Leben gerufen.

Laut der sogenannten Arbeitsgruppe „Polizeibeobachtung“, zu der sich Journalisten, Landtagsabgeordnete sowie Juristen zusammengeschlossen haben, gab es allerdings auch zahlreiche Angriffe von Polizisten auf friedliche Demonstranten. Beamte hätten an mehreren Stellen unverhältnismäßig brutale Gewalt angewendet, Tränengas und Knüppel eingesetzt. „Insgesamt schätzt das Polizeibeobachtungsteam diesen Einsatz als äußerst brutal und absolut unverhältnismäßig ein“, heißt es in einem Bericht über das Vorgehen der Einsatzkräfte gegen eine Blockade auf der Bergstraße.

Die Gruppe spricht unter Berufung auf den Allgemeinen Sanitätsdienst von „mindestens 150“ verletzten Personen. Polizeipräsident Hanitsch hatte nach dem 19. Februar von 87 verletzten Beamten gesprochen.

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/bisher-80-strafverfahren--soko-19-februar/r-19-februar-a-21987.html>

Krawalle am 19. Februar – Soko ermittelt bisher zu 80 Fällen

Die Sonderkommission (Soko) „19. Februar“, die die Dresdner Polizei im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen am Rand der Kundgebungen am 19. Februar gegründet hat, bearbeitet zur Zeit etwa 80 Strafverfahren. Das teilten die Ermittler gestern mit. Landfriedensbruch, Sachbeschädigungen und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz gehören zu den Themen, die die Soko bearbeiten muss. Sie wurde von Polizeipräsident Dieter Hanitsch ins Leben gerufen, um die Ermittlungen zu den Straftaten, die am 19. Februar begangen wurden, konzentriert und zügig führen zu können (DNN berichteten). 20 Beamte gehören zu dem Ermittlungsteam, das in den Räumen des Polizeireviers Dresden-West an der Julius-Vahlteich-Straße in Prohlis untergebracht ist. Dabei handelt es sich um Beamte verschiedener sächsischer Polizeidienststellen und der Bundespolizei.

Auch die Angriffe gegen Polizeibeamte am 19. Februar sind Thema der Ermittlungen. Dabei geht es um gefährliche Körperverletzung. Mit Steinen, Holzlatten und Fahnenstangen seien Polizisten an diesem Tag attackiert worden, sagte gestern Polizeisprecher Thomas Geithner. 35 Autos und 15 Gebäude wurden durch Brände oder Gewalttaten beschädigt, die Höhe des Gesamtschadens sei aber noch nicht bekannt, berichtete der Leiter der Soko, Kriminalhauptkommissar Torsten Beck. Allein 60 000 Euro betrage der Schaden an der Außenstelle des Polizeireviers Mitte an der Kaitzer Straße. Beck rechnet damit, dass sie ermittlungen mehr als ein halbes Jahr lang dauern.

Deutlich früher werden die Auseinandersetzungen und deren Folgen Thema im Landtag sein. Auf Antrag der Grünen sollen sie am 9. März im Verfassungs- und Rechtsausschuss und am 17. März auf einer Sondersitzung im Innenausschuss diskutiert werden. Ende März ist dann eine entsprechende Landtagsdebatte geplant.

cs

Bestürzung über 19 Februar – Stadt und TU verurteilen 4500 Gewalttäter

„Brennende Barrikaden, vermummte Demonstranten, zerstörte Autos – das waren die Bilder, die am 19. Februar aus Dresden um die Welt gingen. Solche Bilder wünsche ich mir als Erster Bürgermeister dieser Stadt nicht“, leitete OB-Stellvertreter Dirk Hilbert (FDP) gestern seinen Bericht vor dem Dresdner Stadtrat ein. Solche gewalttätigen Exzesse seien weder von Linksautonomen noch von Rechtsextremen hinnehmbar oder zu tolerieren.

Rund 200 Verstöße gegen das Versammlungsgesetz habe es gegeben sowie über 80 Strafanzeigen (siehe auch Bericht oben), beklagte Hilbert. Unter den rund 3000 rechtsextremen habe es 1000 Gewaltbereite und -tätige gegeben, unter den rund 12500 Gegendemonstranten rund 3500, insgesamt also 4500, nannte der Bürgermeister weitere Zahlen. Bereits am 18. März komme der bisherige Vorbereitungskreis wieder zusammen, der im Laufe des Jahres auch mit Medienvertreter erweitert werden soll. Das Ziel: Im nächsten Jahr Bilder wie in diesem zu vermeiden. „Wir wollen keine Nazis in unserer Stadt“, betonte Hilbert und fügte hinzu: „Und man kann gegen Neonazis sein, ohne auf dem linken Auge blind zu sein. Wir wollen auch keine linken Chaoten.“

Hilbert erhielt – wie Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) – einen offenen Brief von führenden Vertretern der Technischen Universität (TU) Dresden. Darin brachte die TU ihre Bestürzung und Empörung über die Ereignisse vom 19. Februar zum Ausdruck. Auf dem Campus der TU, so hieß es in dem Schreiben, hätten zeitweise bürgerkriegsähnliche Zustände geherrscht. Die Unterzeichner sehen in der erneuten Genehmigung einer rechten Demonstration die Wurzel der Eskalation, denn so seien auch radikale und gewaltbereite Gegendemonstranten angelockt worden. Für die über 4000 ausländischen Studierenden und Mitarbeiter, ja für die gesamte Außenwelt, sei das ein erschreckendes Erlebnis gewesen. TU-Rektor Hans Müller-Steinhagen fürchtet bei ähnlichen Vorfällen nicht nur um die Reputation der TU, sondern auch um die der Stadt Dresden und des Landes Sachsen.

chs/rare

OB-Stellvertreter Dirk Hilbert lehnt Antrag zu „Roter Baum“ ab

rare

Dresden. Die CDU-Fraktion ist am Donnerstag im Rat an OB-Stellvertreter Dirk Hilbert (FDP) mit ihrem Eilantrag gescheitert, 240.000 Euro Fördergelder für den „Roten Baum“ unter Vorbehalt zu stellen. Der Erlass eines solchen Bescheides sei Geschäft der Verwaltung. Jeder Bescheid stehe unter einem Widerrufsrecht, sagte Hilbert.

Weil Räume auf der Großenhainer Straße 93, die auch vom „Roten Baum“ genutzt werden, im Zusammenhang mit dem 19. Februar durchsucht worden waren, wollte die CDU die Ermittlungen abwarten. Die Staatsanwaltschaft habe mitgeteilt, dass gegen den „Roten Baum“ nicht ermittelt werde, so Linke-Chef André Schollbach.

© DNN-Online, 04.03.2011, 09:58 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/citynews/fdp-abgeordneter-dirk-hilbert-lehnt-antrag-zu-roter-baum/r-citynews-a-22024.html>

Linke klagen wegen Polizei-Einsatz in Dresdner Parteizentrale

dpa

Dresden. Die Linken wehren sich juristisch gegen einen Polizeieinsatz in ihrer Parteizentrale. Mit einer Feststellungsklage wollen sie untersuchen lassen, ob der Einsatz des Landeskriminalamtes (LKA) am 19. Februar in Dresden rechtens war, kündigte die Partei am Freitag in Dresden an.

Eine Anordnung auf Durchsuchung war für ein anderes Haus auf der gegenüberliegenden Straßenseite ausgestellt. Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt stellten das später als Versehen dar. Man habe von vornherein in das gestürmte Gebäude gewollt. In den Akten sei allerdings die falsche Hausnummer notiert worden.

Nach Angaben der Linken hatten verummte Beamte das Gebäude gestürmt, nachdem die Haupteingangstür mit einer Kettensäge zerlegt wurde. Auch die Räume einer Rechtsanwaltskanzlei waren betroffen. 20 Anwesende - vor allem Mitarbeiter der Partei Die Linke - wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt. Sie durften erst am darauffolgenden Morgen die

Polizeidirektion Dresden wieder verlassen.

Mobiltelefone, Personalcomputer und Laptops wurden beschlagnahmt. Den Linken zufolge waren an dem Einsatz rund 120

Polizisten beteiligt, bis auf wenige Ausnahmen alle in schwerer Schutzausrüstung. Das LKA hatte nach eigenem Bekunden Hinweise erhalten, dass sich in dem Gebäude Linksextreme aufhielten, die Gewaltstraftaten in Dresden koordinieren wollten.

Dresden war am 19. Februar zum Schauplatz von Gewaltexzessen am Rande mehrerer genehmigter Neonazi-Aufmärsche geworden. Tausende protestierten friedlich auf den Straßen Dresdens. Extremisten beider Lager griffen aber Polizisten brutal an. 82 Beamte wurden verletzt. Auf Seiten der Demonstranten sollen mehr als 150 Menschen Verletzungen erlitten haben.

Der Chef der Linken, Rico Gebhardt, distanzierte sich klar von Gewalttätern. „Wer so agiert, hat meine Sympathien verloren.“ Zugleich warnte er davor, das Bündnis „Dresden nazifrei“ zu kriminalisieren. Es hatte zu friedlichen Blockaden der Neonazi-Aufmärsche aufgerufen. „Wir wollen einen öffentlichen und gesellschaftlichen Disput zum Verhältnis von Legalität und Legitimität von Demonstrationen und Protesten, die sich gegen neonazistische Aufmärsche richten“, sagte Gebhardt.

© DNN-Online, 04.03.2011, 12:12 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/linke-klagen-wegen-polizei-einsatz-in-dresdner-partiezentrale/r-19-februar-a-22034.html>

BILD; Ausgabe Dresden

„Krawall-Soko“ schwitzt – Schon 80 Strafanzeigen!

Dresden – Die Soko „19. Februar“ der Polizeidirektion Dresden bearbeitet derzeit etwa 80 Strafverfahren bezüglich des Krawall-Samstages.

„Täglich gehen weitere Anzeigen bei uns ein“, sagt Soko-Chef Kriminalhauptkommissar Torsten Beck (41). Darunter sind schwere Straftaten wie Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Brandstiftungen sowie Verstöße gegen das Versammlungsgesetz.

Die Sonderkommission mit 20 Beamten war nach den Krawallen bei dem Nazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden gebildet worden.

Beck: „Nach bisherigen Erkenntnissen wurden 35 Pkw und 15 Immobilien beschädigt.“ Die Schadenshöhe steht noch nicht fest. Allein der Angriff auf das Polizeirevier in Dresden-Mitte sorgte für einen Schaden von 60 000 Euro. Die Ermittlungen werden bis Herbst dauern.
